

Aus anderen sozialistischen Ländern

Der XXVI. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben der Gerichte und Justizorgane

WLADIMIR IWANOWITSCH TEREBILOW,
Minister der Justiz der UdSSR

Der XXVI. Parteitag der KPdSU zog eine Bilanz der vielseitigen Tätigkeit der Partei und der fleißigen Arbeit des Sowjetvolkes in den vergangenen Jahren, gab eine allseitige Analyse der internationalen Lage und des revolutionären Weltprozesses, arbeitete die nächsten und langfristigen Aufgaben des kommunistischen Aufbaus, des Kampfes um den Frieden und die Sicherheit der Völker heraus, bestimmte die Generallinie der Partei für die 80er Jahre und wies die konkreten Wege für die Lösung der Aufgaben, die vor der Partei und dem Sowjetstaat stehen.

Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den Parteitag wird den Fragen der Stärkung der geistigen Grundlagen der sozialistischen Lebensweise und der Herausbildung des neuen Menschen große Bedeutung beigemessen.

*Vervollkommnung der Gesetzgebung **

Ein wichtiger Platz wurde im Rechenschaftsbericht und in den Materialien und Beschlüssen des Parteitages der weiteren Entwicklung des politischen Systems der Sowjetunion und insbesondere der Vervollkommnung der sowjetischen Gesetzgebung eingeräumt. Die Ergebnisse der letzten Jahre wurden positiv eingeschätzt, und es wurden die Aufgaben für die Zukunft festgelegt.

Genosse L. I. Breschnew sagte im Zusammenhang damit: „Einen großen Nutzeffekt hat die Erneuerung der sowjetischen Gesetzgebung auf der Grundlage der Verfassung. Mit den neuen Gesetzen können die gesellschaftlichen Beziehungen noch exakter geregelt werden.“

Die hohe Wertschätzung, die die Partei der Arbeit bei der Vervollkommnung der Gesetzgebung zollte, gibt uns Juristen Anregungen und überträgt uns gleichzeitig eine große Verantwortung für die Erfüllung der durch die Beschlüsse des XXVI. Parteitages der KPdSU gestellten Aufgaben auf diesem Gebiet.

Im vergangenen Planjahrfünft war eine der Hauptrichtungen in der Tätigkeit der Justizministerien und Justizabteilungen, der Gerichte und der anderen Organe und Justizeinrichtungen die Teilnahme an der Ausarbeitung der neuen Verfassung der UdSSR, der Verfassungen der Unions- und der autonomen Republiken sowie an der Arbeit, die Gesetze mit den neuen Verfassungen in Übereinstimmung zu bringen. Auf diesem Gebiet wurde bereits eine bedeutende Arbeit geleistet. Zur Eröffnung des XXVI. Parteitages der KPdSU war der erste Teil des Gesetzbuchs der UdSSR — Gesetzgebung über den Gesellschafts- und Staatsaufbau — fertiggestellt und erschienen. In der lettischen, ukrainischen, kasachischen, litauischen, tadshikischen, armenischen und turkmenischen Unionsrepublik wird die Vorbereitung des ersten Teils des Gesetzbuchs der Unionsrepublik im ersten Halbjahr dieses Jahres abgeschlossen sein.

„An der Verbesserung der Gesetzgebung“, sagte Genosse L. I. Breschnew auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU, „wird weiter gearbeitet. Drei Richtungen werden hier als vordringlich herausgestellt: die Leitung der Volkswirtschaft, die Verwirklichung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger und der gesellschaftlichen Organisationen sowie der Abschluß der Herausgabe des Gesetzbuchs der Sowjetunion.“

Welche konkreten Aufgaben stehen vor den Justizorganen zur Realisierung der Beschlüsse des XXVI. Parteitages der KPdSU auf diesem Gebiet?

Vor allem ist es notwendig, die Arbeit zu beenden, nach der die geltende Gesetzgebung mit der Verfassung der UdSSR und den Verfassungen der Unionsrepubliken in Übereinstimmung zu bringen ist.

Eine weitere Aufgabe ist es, die Herausgabe des Gesetzbuchs der UdSSR im 11. Planjahrfünft abzuschließen. Spätestens zwei Jahre danach muß die Herausgabe der Gesetzbücher der Unionsrepubliken abgeschlossen sein. Dazu ist es erforderlich,

- in den entsprechenden Instanzen den Plan der Gesetzgebungsarbeit für die Jahre 1983 bis 1985 auszuarbeiten und zu bestätigen;
- den Plan für die Herausgabe der folgenden Bände des Gesetzbuchs zu überprüfen;
- die Kontrolle über Fristen und Qualität der Vorbereitung der Gesetzentwürfe durch jene Ministerien, Komitees und Behörden zu verstärken, die nach dem Plan dazu beauftragt sind, die Entwürfe der entsprechenden Gesetzesakte vorzubereiten. Dazu muß eine effektivere Koordinierung ihrer Tätigkeit, die sorgfältige und operative Abstimmung der Entwürfe mit allen interessierten Staatsorganen und gesellschaftlichen Organisationen gesichert werden.

Zu den vordringlichen Richtungen der Gesetzgebungsarbeit zählte der Parteitag auch die Vervollkommnung der rechtlichen Regelung der Beziehungen in der Volkswirtschaft sowie den Schutz und die Verwirklichung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger und der gesellschaftlichen Organisationen.

Zur Verbesserung der rechtlichen Regelung der Beziehungen in der Volkswirtschaft wird gegenwärtig eine Reihe von Gesetzgebungsakten ausgearbeitet, so der Entwurf eines Beschlusses des Ministerrates der UdSSR über die Organisation der materiell-technischen Versorgung der Volkswirtschaft und andere. Ihre Fertigstellung wird von den zuständigen Behörden und Wirtschaftsorganen betrieben, jedoch sind auch die Juristen verpflichtet, sich an der Erfüllung dieser Aufgabe unmittelbar zu beteiligen.

Was die Vorbereitung von Gesetzentwürfen betrifft, die mit der Verwirklichung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger zusammenhängen, kann man z. B. die Grundlagen der Wohnungsgesetzgebung nennen, die die Ordnung und die Garantien für die Verwirklichung der Rechte der Bürger auf Wohnraum regeln werden. Der Entwurf dieses Gesetzes wurde in der Presse allgemein zur Diskussion gestellt, und seine Fertigstellung geht jetzt dem Ende entgegen.*

Die Ausarbeitung derjenigen Gesetzgebungsakte, die auf die weitere Vervollkommnung des Schutzes der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger und der gesellschaftlichen Organisationen gerichtet sind, muß sich zweifellos im Plan der Gesetzgebungsarbeit für die Jahre 1983 bis 1985 niederschlagen.

Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit

Im Rechenschaftsbericht wurde die besondere Verantwortung der Justizorgane, der Gerichte, der Staatsanwaltschaft